

Reichszentrale für Heimatdienst

Zusammenstellung der Texte

Ronald Hild, Tobias Liebert

Inhalt:

1	Einleitung (R.H., T.L.)	1
1.1	Aufklärung für das Inland	1
1.2	Politische Bildung und Demokratie	2
2	Vorgeschichte, Gründung und Überleben in der Revolution (R.H., T.L.).....	3
2.1	Vorgeschichte.....	3
2.2	Gründung noch im Kaiserreich	3
2.3	Überleben in der Revolution vom November 1918	4
2.4	Erste Aufgaben in der Republik	4
3	Ausbau und Konsolidierung in der Weimarer Republik (R.H., T.L.).....	5
3.1	Umorganisation und Ausbau 1919 bis 1921	5
3.2	Die Zeit der Konsolidierung 1921-1929	6
4	Niedergang und Auflösung (R.H., T.L.)	7
4.1	Niedergang in der Spätphase der Weimarer Republik	7
4.2	Auflösung durch das NS-Regime	7
5	Organisation (R.H.)	8
5.1	Struktur der Institution	8
5.2	Zentralleitung in Berlin	8
5.3	Landesabteilungen.....	9
5.4	Vertrauensmännersystem	9
6	Arbeitsgrundsätze und Themen (R.H., T.L.).....	10
6.1	Hauptprinzipien und -methoden, Hauptthemen	10
6.2	Versailler Vertrag und seine Folgen – Ruhrkampf – allgemeine staatsbürgerliche Bildung	10
7	Sacharbeit und Methodik (R.H., T.L.)	11
7.1	Publikationen.....	11
7.2	Vortragstätigkeit.....	12
7.3	Sonstige Aktivitäten	13
8	Anhang	13
8.1	Die Autoren der Texte über die Reichszentrale für Heimatdienst	13
8.2	Literaturverzeichnis (insbesondere Hausarbeit von R.H.)	13

1 Einleitung (R.H., T.L.)

1.1 Aufklärung für das Inland

Die *Reichszentrale für Heimatdienst* (RfH) entstand im November 1919 aus der 1918 geschaffenen *Zentralstelle für Heimateaufklärung*. Damit war sie ein Produkt des Ersten Weltkrieges und entwickelte sich doch zu einer wichtigen demokratischen Institution in der Weimarer Republik. Der Begriff „Heimat“ akzentuierte die eigene Bevölkerung als Adressaten, im Unterschied zur staatlichen Kommunikation mit dem Ausland. 1933, mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten, wurde die Behörde aufgelöst.

Sie kann als eine Art Vorläufer der heutigen *Bundeszentrale für politische Bildung*¹ betrachtet werden. Als Letztere 1952 gegründet wurde, war man sich der Traditionslinie durchaus bewusst: „Bundesinnenminister Lehr hatte in einem Vortrag im Hamburger Überseeclub im Herbst 1951 die neue Einrichtung bewusst in die Tradition der ‚Reichszentrale für Heimatdienst‘ gestellt, die in der Weimarer Republik die Demokratie in der deutschen Bevölkerung zu popularisieren gesucht hatte.“ (<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte-nach-1945/geschichte-der-bpb/36421/gruendung-und-aufbau-1952-1961>)

Doch zunächst zu den Wurzeln im deutschen Kaiserreich:² Angesichts der sich stetig verschlechternden Kriegslage Ende 1917 verblassten die von der *Obersten Heeresleitung* herausgegebenen Durchhalte- und Siegfriedensparolen zunehmend. Die Regierung des Kaiserreichs sah sich deshalb gezwungen, eine Möglichkeit zu suchen, selbst direkten Einfluss auf die Bevölkerung nehmen zu können. Im März 1918 wurde daraufhin die *Zentralstelle für Heimateaufklärung* als *zivile* Aufklärungsstelle gegründet, im Oktober 1918 in *Zentrale für Heimatdienst* (ZfH) umbenannt.

Die *Reichszentrale bzw. Zentralstelle für Heimatdienst* war damit die erste Behörde für politische Aufklärungsarbeit auf dem Gebiet des heutigen Deutschlands und gleichzeitig ein Novum im deutschen Regierungssystem. Sie war der Versuch des politisch-administrativen Systems, bei der kommunikativ-ideellen Bewältigung der Kriegsfolgen gegenüber dem Militär wieder in die Offensive zu kommen. Da es im Ausland keine parallele Entwicklung gab, kann die Reichszentrale als spezifisch deutsche Eigenentwicklung betrachtet werden.

Erst unmittelbar vor dem Zusammenbruch des Kaiserreichs als Machtinstrument der Regierung gegründet, konnte sich die Reichszentrale in die Weimarer Republik retten. Dort erlebte sie eine bemerkenswerte Entwicklung, welche, ebenso wie die Zentrale selbst, heute kaum noch bekannt ist.

¹ Vgl. dazu <http://www.bpb.de/die-bpb/>

² Die folgende Darstellung fußt im Wesentlichen auf Richter 1963, Wippermann 1976 und Kunczik 1997. Richter 1963 verwendete Aufzeichnungen und Berichte des Leiters der Reichszentrale, Dr. Richard Strahl. Strahl beschrieb nicht nur den Aufbau, sondern auch interne Vorgänge und Entscheidungsfindungsprozesse sowie die Interaktion der Reichszentrale mit den jeweiligen politischen Funktionsträgern. In einer Art Zwischenbericht fasste Strahl 1922 die ersten vier Jahre der Entwicklung zusammen. Sechs Jahre später veröffentlichte er die „Aufgaben und Ziele der staatspolitischen Aufklärungsarbeit“ und erläuterte dabei die Struktur und die Funktionsweise der Reichszentrale. Ein weiterer unveröffentlichter Aufsatz, von Strahl nach Angaben des Bundesarchivs in Koblenz Ende der 1950er Jahre geschrieben, betrachtet rückblickend die gesamte Entwicklung der Behörde. (R.H.) Einige Originaldokumente aus der Arbeit Strahls können auch online eingesehen werden unter: Bundesarchiv: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. (T.L.)

1.2 Politische Bildung und Demokratie

Wurde politische „Bildung“ zu Beginn des 20. Jahrhunderts lediglich als Propagandamaßnahme der oder für die Regierung verstanden, so ist es einer der großen Verdienste der Reichszentrale, dass sie sich im Laufe ihrer Entwicklung von einem Propagandainstrument hin zu einer überparteilichen, politischen Informationsstelle wandelte. Die Methodik und Arbeitskonzepte, welche für die Aufgaben der Reichszentrale entworfen wurden, bilden darüber hinaus die Grundlage für die heutige politische Bildungsarbeit.

Die Erkenntnis, dass eine umfassende politische Bildung der Bürger die notwendige Voraussetzung für das Funktionieren eines demokratischen Staatswesens darstellt, ist das Ergebnis eines Lernprozesses, welcher in der Weimarer Republik seinen eigentlichen Ursprung hat.

Der *Reichszentrale für Heimatdienst* kam dabei die Rolle zu, politische PR – im Sinne von (sachlich-neutraler) Information und Aufklärung – erstmals einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht zu haben. Das Scheitern von Weimar und die Machtübernahme der Nationalsozialisten war deshalb wohl zu einem gewissen – wenn auch nur begrenzten – Teil auch auf die durch Sparmaßnahmen beschränkten Möglichkeiten der Reichszentrale Anfang der 1930er-Jahre zurückzuführen.³

Abb.: Schreiben des Reichskanzlers Wirth von 1922. Aus: Wippermann 1976, S. 447.

Nr. 7
Empfehlung des Reichskanzlers Wirth
an die Landesregierungen und Reichsminister, sich der RfH
im Sinne einer systematischen Volksaufklärung zu bedienen

Der Reichskanzler Berlin, den 17. März 1922

Die jüngste Streikbewegung in Deutschland hat wieder einmal gezeigt, wie notwendig es ist, Beunruhigungen der Bevölkerung bereits im Entstehungsstadium durch alle Mittel der Aufklärung vorzubeugen. Nur eine systematische Volksaufklärung, die dabei die aktuellen Vorgänge des öffentlichen Lebens im besonderen Maße berücksichtigt, wird imstande sein, nach dieser Richtung hin Abhilfe zu schaffen.

Die Reichsregierung besitzt für diese Zwecke innerhalb des Deutschen Reiches, mit Ausnahme des besetzten Gebietes, ein Organ in der Reichszentrale für Heimatdienst, die dem Pressechef (Leiter der vereinigten Presseabteilung der Reichsregierung) untersteht. Ein parlamentarischer Beirat — bestehend aus Mitgliedern sämtlicher Parteien, von der deutschnationalen Volkspartei bis zur unabhängigen sozialdemokratischen Partei — wacht über ihre parteipolitische Neutralität.

Die von den einzelnen Ressorts des Reiches und der Länder für notwendig gehaltene Aufklärung der Bevölkerung kann durch die Reichszentrale für Heimatdienst bewirkt werden. Die Reichszentrale für Heimatdienst hat die Auffassung der zuständigen Ressorts des Reichs und der Länder in einer dem Verständnis ihrer Mitarbeiter im Lande angemessenen Form zur Verwertung in Wort und Schrift, in Versammlungen, Vorträgen, Diskussionen, Flugblättern und Flugschriften zu übermitteln. Sie verfügt über 20 Außenstellen in allen Teilen des Reiches und dringt mit ihren etwa 30 000 ehrenamtlichen Mitarbeitern in alle Bevölkerungsschichten, insbesondere in die Arbeiterschaft und in den Mittelstand ein.

Eine erfolgreiche Erfüllung ihrer Aufgaben ist aber nur möglich, wenn alle Ressorts sich der Reichszentrale für Heimatdienst in allen in Betracht kommenden Fällen bedienen und andererseits selbst den Wünschen der Reichszentrale für Heimatdienst auf Überlassung von Material zur Aufklärung in weitem Maße entgegenkommen. Ich darf daher bitten, sich in allen vorkommenden Fällen im Interesse der Aufklärung der Bevölkerung rechtzeitig mit der Reichszentrale für Heimatdienst in Verbindung zu setzen, deren Leiter, Oberregierungsrat Dr. *Strahl*, jeder Zeit zur Verfügung steht.

gez. Dr. Wirth

BA 3 43 I/2508

³ Diese These kann gewiss problematisiert werden, was z. B. Wippermann (1976, S. 11) tut.

2 Vorgeschichte, Gründung und Überleben in der Revolution (R.H., T.L.)

2.1 Vorgeschichte

Vor dem Ersten Weltkrieg verfügte das Deutsche Reich weder über eine zentrale staatliche Behörde für Propaganda noch eine für politische Bildung. Dem Reichskanzler stand für seine Öffentlichkeitsarbeit nur ein kleines Büro zur Verfügung, die Kommunikation der Regierung und des Staates insgesamt war zersplittert.⁴ Beim Kriegseintritt war das Reich also nicht auf die notwendige Kommunikationsarbeit nach innen und außen vorbereitet. Es gab einige Versuche, während des Krieges auf die Missstände zu reagieren, die aber hier an dieser Stelle nicht weiter thematisiert werden sollen. (Vgl. dazu u. a. die Darstellungen im PR-Museum zum *Literarischen Büro* und zu den *Kriegspressekonferenzen*.)

2.2 Gründung noch im Kaiserreich

Im März des Jahres 1918 wurde die *Zentralstelle für Heimataufklärung* errichtet.⁵ Ihre Gründung stand im Zusammenhang mit den damaligen Zentralisierungs- und Reorganisationsmaßnahmen für das gesamte Propagandawesen. Dem ging die Erkenntnis voraus, dass die Reichsleitung neben der Möglichkeit, die Bevölkerung mittelbar durch die Presse zu beeinflussen, ein eigenes Instrumentarium für die direkte Einflussnahme auf die öffentliche Meinung brauchte.⁶

Angesichts der sich verschlechternden Kriegslage verblassten die von der Heeresleitung herausgegebenen Durchhalte- und Siegfriedensparolen zusehends, weshalb sich die Notwendigkeit ergab, dass die politische Führung wieder eingriff. Pläne für eine zivile Aufklärungsstelle gab es bereits im Winter 1917/1918. Im Januar wurde Dr. Richard Strahl, damals „Hilfsarbeiter“ der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes und persönlicher Referent von Eduard Deutelmoser, mit den Vorbereitungen für die Schaffung der neuen Behörde beauftragt. Die unmittelbare Anregung kam von Deutelmoser, der 1913-15 die Heeres- und Kriegspressearbeit (mit-) verantwortet hatte und nun die *Nachrichten- bzw. Presseabteilung des Auswärtigen Amtes* führte, 1917/18 *Pressechef des Reichskanzlers* war.⁷ Am 1. März 1918 nahmen Strahl als Chef des neuen Büros⁸ sowie drei Mitarbeiter und eine Schreibkraft ihre Tätigkeit in der Potsdamer Straße 113 in Berlin auf.

Die Arbeitsmethoden charakterisierte Strahl (ca. 1950er, unveröffentlicht, S. 11f.) wie folgt: „Die Zentralstelle war im Wesentlichen nicht als eine selbst produzierende, sondern nur als eine organisierende und auswählende, eine ergänzende und anregende, eine Art Verteilungs- und Schaltstelle gedacht (...) Der Schwerpunkt der Durchführung, die eigentliche Aufklärungsarbeit, sollte vor allem in den freien, privaten Verbänden, im freiwilligen Einsatz geleistet werden.“ (Zit. nach Richter 1963, S. 30) Da sich die Zentralstelle zudem unmittelbar nach

⁴ Richter 1963, S. 21. Vgl. zur Regierungs-PR auch Kunczik 1997, S. 102f., 138, 142ff.

⁵ U. a. Kunczik 1997, S. 169ff.

⁶ Richter 1963, S. 29.

⁷ Vgl. Kunczik 1997, S. 170. Zu Deutelmoser u. a. http://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/0011/adr/adrag/kap1_4/para2_70.html und bei Kunczik 1997, S. 103.

⁸ Wippermann 1976, S. 29.

ihrer Gründung dem Widerstand der militärischen Propagandastellen ausgesetzt sah⁹, blieben ihre Wirkungsmöglichkeiten zunächst begrenzt.

2.3 Überleben in der Revolution vom November 1918

Am 9. November 1918 musste der Kaiser abdanken und der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann rief die Republik aus. Sein Parteigenosse Friedrich Ebert wurde zum provisorischen Reichskanzler erklärt. Deutelmosers politische bzw. Verwaltungs-Karriere fand durch die Revolution vom November 1918 ihr Ende, Dr. Strahl wurde hingegen 1919 in seiner Stellung bestätigt.¹⁰ Die *Zentrale für Heimatdienst*, eigentlich geschaffen für den Bestand und Sieg des Kaiserreichs, stellte sich nach dem Wechsel der politischen Verhältnisse sofort dem republikanischen Regime zur Verfügung. Am Abend des 9. Novembers wurde im Namen von Ebert beim Leiter der Zentrale angefragt, ob er Aufrufplakate drucken und anschlagen lassen könne.¹¹ Da der Auftrag erfüllt wurde, kann geschlussfolgert werden, dass die Behörde widerstandslos den Systemwechsel mit vollzog und sich der neuen Regierung unterordnete.

Es scheint in Betracht der schnellen Umorientierung nahe liegend, dass die Leitung der Zentrale vom alternativlosen Zusammenbruch des Kaiserreichs überzeugt gewesen sein musste. Allerdings dürfte auch die Angst vor dem Verlust der organisationellen Existenzberechtigung eine Rolle gespielt haben: Die Revolution mit ihren unterschiedlichen Strömungen schuf neue Parallelstrukturen, die die Zersplitterung der Kommunikationsarbeit aus der Kaiserzeit noch vertieften. Der *Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte* hatte die *Auslandsabteilung der Obersten Heeresleitung* (Ohla) in den *Werbedienst der sozialistischen Republik*¹² umgebildet.

„Schon bei der Planung der (...) Aufgaben entstanden Konflikte mit der *Zentrale für Heimatdienst*, die für Strahl um so ernster waren, als ursprünglich der Werbedienst die ZfH ersetzen sollte, da man von ihr annahm, dass sie aufgrund ihrer früheren Arbeit nicht ohne Weiteres nach dem 9. November die Aufklärung im Sinne der neuen Regierung übernehmen könne. Mit der zunehmenden Polarisierung zwischen dem Rat der Volksbeauftragten (dem Friedrich Ebert vorstand – T.L.) und dem Vollzugsrat (der Arbeiter- und Soldatenräte) erhielt die ZfH jedoch immer mehr amtliche Aufträge. Obwohl beispielsweise die Informationsaufgaben im Zusammenhang mit der Demobilmachung zum Zuständigkeitsbereich des Werbedienstes gehörten, wurde auch die ZfH mit diesen Aufgaben betraut, da man eine einseitig sozialistische Informationspolitik des Werbedienstes befürchtete.“ (Wippermann 1976, S. 82)

2.4 Erste Aufgaben in der Republik

Da die *Zentrale für Heimatdienst* noch nicht über einen eigenen funktionsfähigen Unterbau im Reich verfügte, blieb ihre Tätigkeit zunächst auf Berlin beschränkt. Der Wirkungskreis konnte aber durch die Übernahme der Mitarbeiter der ehemaligen militärischen Propagandastellen erweitert werden.

Die ersten Aufgaben waren die Verbreitung einer großen Anzahl von Flugblättern und Plakaten, die drei wesentliche Inhalte hatten: 1. Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung im

⁹ Wippermann 1976, S. 31. Differenzen resultierten u. a. daraus, dass das Militär mit Ausnahme des Kriegsministeriums nicht im Beirat der ZfH vertreten war. (R.H.)

¹⁰ Kunczik 1997, S. 170.

¹¹ Richter 1963, S. 34.

¹² „Sozialistisch“ war überparteilich gemeint, zwar eher linkssozialistisch, aber nicht kommunistisch. Wippermann 1976, S. 82f. (T.L.)

Reich, 2. Erklärung der Ziele der neuen politischen Führung und 3. Forderung nach demokratischen Wahlen (Nationalversammlung) und Verhinderung bzw. Abschaffung des Rätensystems. Für den Kampf gegen die Spartakisten und Kommunisten, die die Revolution auf Basis der Arbeiter- und Soldatenräte fortführen wollten und eine Räteherrschaft anstrebten, wurde im Winter 1918/1919 ein besonderes Rednerreferat eingeführt, in welchem Redner für politische Auseinandersetzungen ausgebildet werden sollten.¹³

Die *Zentralstelle für Heimatdienst*, als Machtmittel des Kaiserreichs gegründet, wurde durch die neuen Machthaber übernommen. Die Bedeutung der ZfH in der Zeit des Umbruchs sollte nicht überschätzt werden, da sie auf Berlin beschränkt blieb. Betrachtet man aber den Fakt, dass von Berlin die grundlegenden Entscheidungen ausgingen, so war die ZfH ein wichtiges Instrument in den Händen der demokratisch-republikanischen Kräfte, die einen parlamentarischen Weg beschreiten wollten.

3 Ausbau und Konsolidierung in der Weimarer Republik (R.H., T.L.)

3.1 Umorganisation und Ausbau 1919 bis 1921

Kurz nachdem die Heimatdienst-Zentrale einen Platz im neuen Regierungssystem gefunden hatte, lebte die bekannte Auseinandersetzung über eine „zweckmäßige Gestaltung des gesamten Propagandawesens der Reichsregierung“ (Richter 1963, S. 37) wieder auf.¹⁴ Von den verschiedenen, im Rahmen dieser Diskussion besprochenen Plänen wurde letztendlich der vom Leiter der Behörde, Dr. Strahl, entworfene Vorschlag angenommen, welcher eine Eingliederung der Reste der militärischen Propagandastellen in die *Zentrale für Heimatdienst* vorsah.

Mit der Übernahme von großen Beständen an Bild- und Lichtmaterialien sowie der graphischen Abteilung der *Militärischen Stelle des Auswärtigen Amtes* in die Reichszentrale wurde die Herausgabe von eigenen Propagandamaterialien für die RfH technisch überhaupt erst ermöglicht. Die Übernahme der *Aufklärungsabteilungen des Demobilisationsamtes* brachte zudem 60 Außenstellen im Reich dazu, welche den Grundstock für die späteren Landesabteilungen bildeten.¹⁵

Die Umorganisation war bis April 1919 im Wesentlichen abgeschlossen und die ZfH hatte ihre bleibende Struktur erhalten. Den formalen Abschluss fand die Umgestaltung erst während der Tagung der Nationalversammlung in Weimar am 16. August 1919. Unter Leitung des Reichskanzlers fand eine Sitzung statt, in welcher die Umorganisation der Reichszentrale von der Regierung anerkannt und sanktioniert wurde.¹⁶ Als Mittelbehörde war die Zentrale dem Pressechef als Beamten der Reichskanzlei unterstellt und erhielt ihre finanziellen Mittel aus dem Etat des Auswärtigen Amtes.¹⁷

¹³ Richter 1963, S. 35. Auch Kunczik 1997, S. 170.

¹⁴ Die Gründe für das Aufflammen der Diskussion waren unterschiedlich: Zum einen stellte sich die Frage, wie mit den Propagandastellen der Kriegszeit bzw. den Nachfolgeorganisationen verfahren werden sollte. Zum anderen erforderte die Papierknappheit, alle Reichsausgaben für Propaganda auf Wirtschaftlichkeit zu prüfen. (R.H.)

¹⁵ Richter 1963, S. 38.

¹⁶ Es kann vermutet werden, dass in diesem Zusammenhang auch die Bezeichnung der Behörde von Zentralstelle in Reichszentrale geändert wurde. Richter 1963 schreibt für die Zeit nach 1919 alternierend von ZfH oder RfH. Laut Wippermann (1976, S. 28) erfolgte die Umbenennung nach der Etablierung der republikanischen Reichsregierung, um die Behörde als Reichsbehörde zu kennzeichnen. (R.H.)

¹⁷ Richter 1963, S. 38.

Die Reichszentrale erreichte in der Zeit von 1921 bis 1929 nicht nur ihren personellen Höchststand von 300 Mitarbeitern, sondern hatte durch eine Reihe von Aktionen für die Reichsregierung, v. a. in der Ausführung der Bestimmungen des Versailler Vertrages, so z. B. der Entwaffnung, auch einen hohen Einfluss. Die enge Bindung an die Reichsregierung führte aber zunächst dazu, dass die RfH weniger überparteiliche politische Bildung betrieb, als vielmehr als Propagandastelle der Reichsregierung fungierte.

Erst die Krise der RfH infolge des Kapp-Putsches, als die Zentrale zögerlich reagierte¹⁸, brachte eine Umkehrung dieser Verhältnisse. Im Sommer 1921 wurde durch einen Reichstagsbeschluss die inhaltliche Arbeit der RfH umrissen und durch die Einrichtung eines parlamentarischen Beirats eine Kontrollinstanz geschaffen.

Am 5. Juli 1921 formulierte der Reichstag in seiner EntschlieÙung: „Die *Reichszentrale für Heimatdienst* dient der sachlichen Aufklärung über außenpolitische, wirtschaftspolitische, soziale und kulturelle Fragen, und zwar nicht im Geiste einzelner Parteien, sondern vom Standpunkte des Staatsganzen.“ (Zit. nach Wippermann 1976, S. 236 und 475)

Von dieser Zeit an konzentrierte sich die Arbeit in der Reichszentrale auf die sachliche und methodische Entwicklung der politischen Bildung.¹⁹ Allerdings hat sie das nicht davor bewahrt, hin und wieder auch in den Folgejahren der Einseitigkeit im Sinne der jeweils herrschenden Regierung bezichtigt zu werden.²⁰

3.2 Die Zeit der Konsolidierung 1921-1929

Mit dem Reichstagsbeschluss vom Juni 1921 war die Reichszentrale zwar in ihrem Fortbestehen gesichert und die Krise überwunden. Gleichzeitig zeigte sich aber, dass die RfH den Höhepunkt ihres Einflusses überschritten hatte und in der Folge in Stagnation verfiel.

Erst Mitte des Jahres 1922 wurden wieder konkrete Arbeitspläne mit den thematischen Schwerpunkten Aufklärung über den Versailler Vertrag, Einführung in die Reichsverfassung oder Überblick über die wirtschaftliche Lage aufgestellt. Der Einmarsch der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet bescherte der Reichszentrale eine neue große Aufgabe und abermals Propagandaufträge für die Reichsregierung.²¹ Die von der RfH organisierte Versammlung am 14. Januar 1923 vor dem Reichstag lockte etwa 200.000 Teilnehmer an und war laut Dr. Strahl die erste politische Massenversammlung in Deutschland überhaupt.²²

In den folgenden Jahren wandelte sich die methodische Arbeit der RfH weg von spektakulären Aktionen hin zu einer systematischen, vielfältigen Kleinarbeit. So weist der Tätigkeitsbericht für das Etatjahr 1924 unter anderem 252 Wochenend-Tagungen, 16.500 Einzelvorträge und eine durchschnittliche Auflage der eigenen Publikationen von 30.000 Exemplaren auf.²³

¹⁸ Ausführlich dazu: Richter 1963, S. 43, und Wippermann 1976, S. 142ff.

¹⁹ Richter 1963, S. 47.

²⁰ Vgl. z. B. Wippermann 1976, S. 310-314. Auch Kunczik 1997, S. 170.

²¹ Ausführlich dazu: Wippermann 1976, S. 210ff. Wippermann kennzeichnet den Ruhrkampf als die „eigentliche Bewährungsprobe“ der RfH.

²² Nach Richter 1963, S. 50. Gemeint ist wohl die erste politische Massenversammlung, die von einer staatlichen Behörde organisiert wurde und nicht Repräsentations- oder Huldigungszwecke erfüllte. Letztere Veranstaltungen gab es selbstverständlich auch schon früher. (T.L.)

²³ Richter 1963, S. 53.

Am 1. April 1927 wurde die Reichszentrale für Heimatdienst der Reichskanzlei angegliedert. Ein Jahr später, im März 1928, feierte die RfH ihr 10-jähriges Bestehen. Die Glückwunschnoten aus dem ganzen Reich – u. a. von Reichspräsident Hindenburg – belegen, dass die Reichszentrale sich allgemeiner Anerkennung und Wertschätzung erfreute.

Nachdem die drohende Auflösung Anfang der 1920er überwunden worden war, gelang es der Reichszentrale, sich in den Jahren 1921 bis 1929 als anerkannte Reichsbehörde zu etablieren. Dies lag nicht zuletzt daran, dass die Arbeit mehr und mehr den Charakter überparteilicher Bildung bekam und die verschiedenen Aufgabenbereiche aufeinander abgestimmt wurden.

4 Niedergang und Auflösung (R.H., T.L.)

4.1 Niedergang in der Spätphase der Weimarer Republik

Nach einer letzten Kommunikationsaktion für die Regierung im März 1930 begann der Niedergang der *Reichszentrale für Heimatdienst*. Im Zuge von allgemeinen Sparmaßnahmen wurden der Reichszentrale 1930 die Sachmittel auf die Hälfte gekürzt. Die Einsparungen führten nicht nur zu einer Reduzierung der festen Mitarbeiter von 92 Anfang 1930 auf 59 Anfang des nächsten Jahres, sondern auch zu einer Einschränkung der Vortragstätigkeit.²⁴ Diese erzwungenen Einschränkungen standen in krassem Widerspruch zu dem gestiegenen öffentlichen Interesse an der Arbeit der Reichszentrale.

Die Erwägung, die Reichszentrale komplett aufzulösen²⁵, wurde auf Grund der Interventionen führender Politiker aus dem ganzen Reich zwar fallen gelassen, dennoch mussten der Einfluss und die Möglichkeiten der RfH notwendigerweise unter den Etatkürzungen abnehmen. Dies war umso tragischer, als durch den aufkommenden Nationalsozialismus ein intensiver Einsatz von Aufklärungstätigkeit dringend geboten gewesen wäre.²⁶

Im Laufe des Jahres 1931 wurden der RfH weitere Sparmaßnahmen auferlegt, die Landesabteilungen umorganisiert, beschränkt oder ganz aufgelöst, so dass sie sich am Ende der Regierung Brüning auf ein Minimum reduziert sah. Auch die Ernennung Franz von Papens zum Reichskanzler im Sommer 1932 brachte nicht den erhofften Wandel.²⁷ Themen, welche die Reichszentrale in den letzten Monaten ihres Bestehens behandelte, waren Abrüstung, Siedlungsfragen und Arbeitslosigkeit.

4.2 Auflösung durch das NS-Regime

Die Machtübernahme Hitlers leitete das Ende der *Reichszentrale für Heimatdienst* ein. Im Zuge der Umgestaltung des Behördenapparates durch die Regierung Hitlers, wurde – angelehnt an Vorstellungen Goebbels – am 11. März 1933 ein *Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda* geschaffen. Damit war der Aufgabenbereich der Reichszentrale in das neue Ministerium übergegangen. Die Konsequenz ließ nicht lange auf sich warten. Am 15.

²⁴ Richter 1963, S. 57.

²⁵ Ausführlicher zu der Situation der RfH unter den Präsidialkabinetten und den Folgen der Sparmaßnahmen: Wippermann 1976, S. 340ff.

²⁶ Wippermann (1976, S. 396ff.) führt aus, dass die RfH die Entwicklung der Nationalsozialisten schon geraume Zeit verfolgte, sie diese aber erst nach den Wahlen 1930 und 1932 als politische Gefahr wahrnahm.

²⁷ Richter 1963, S. 60f.

März erging der Erlass über die Auflösung der *Reichszentrale für Heimatdienst*, welcher am folgenden Tag umgesetzt wurde.²⁸

Nach 15 Jahren ihres Bestehens wurde die *Reichszentrale für Heimatdienst* von den Nationalsozialisten zerschlagen. Auf Grund der auferlegten Sparmaßnahmen in den Jahren 1930 bis 1932 hatte die RfH ihre Arbeit stark einschränken müssen. Sie konnte deshalb keinen entsprechenden Beitrag gegen die Bedrohung durch den Nationalsozialismus leisten. Hatte die Reichszentrale durch Anpassung den Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik überstanden, so hatte sie keine Chance, in dem NS-System einen Platz zu finden. Nicht zuletzt durch ihre politische Aufklärungsarbeit war die Reichszentrale von den Nationalsozialisten als ‚Domäne der Weimarer Demokraten‘ wahrgenommen worden, die folgerichtig verschwinden musste. Allerdings wurden nicht alle Mitarbeiter suspendiert, einige arrangierten sich mit dem neuen Regime und wurden in das Propaganda-Ministerium übernommen.

5 Organisation (R.H.)

5.1 Struktur der Institution

Eine staatliche Aufklärung, wie sie der Heimatdienst leisten sollte, war bei dessen Einführung 1918 sowohl in Inhalt als auch Form ein Novum im deutschen Regierungssystem. Da der Zweck und die Aufgaben der neuen Behörden für den Krieg im Vordergrund standen, war die strukturelle Organisation im Kaiserreich zunächst provisorisch. Der Heimatdienst überstand aber den politischen Wandel nach dem Kriegsende und wurde in die Weimarer Republik übernommen. Im August 1919 erhielt der Heimatdienst von der neuen Reichsregierung gemeinsam mit einer generellen Sanktionierung die Grundzüge seines Aufbaus.

Dem Charakter nach war die Reichszentrale ohne Zweifel eine Reichsbehörde, wobei sich jedoch die Frage nach der rangmäßigen Einordnung stellt. Am ehesten kann man die Zentrale für Heimatdienst wohl als der „Reichskanzlei nachgeordnete mittlere Reichsbehörde“ bezeichnen, wie Richter (1963, S. 95) schreibt. Die Organisation des Heimatdienstes gliederte sich auf in die Zentralleitung in Berlin, die Landesabteilungen und das System der „Vertrauensmänner“.

Daneben gehörten zur Zentrale in Berlin noch zwei Hilfsorgane. Zur Ausführung der drucktechnischen Aufgaben wurde im Januar 1922 der *Zentralverlag GmbH* gegründet, aus welchem ebenfalls 1922 die Lichtbildabteilung ausgegliedert und in den *Deutschen Lichtbilddienst* umgewandelt wurde. Beide Betriebe waren privatwirtschaftlich organisiert, aber steuerbefreit, und betrieben neben den Aufträgen der *Zentrale für Heimatdienst* auch eigene Geschäfte.²⁹

5.2 Zentralleitung in Berlin³⁰

Die in Berlin ansässige Zentralleitung war der Kopf und das Herz der *Reichszentrale für Heimatdienst*. Während im ersten Jahr der Weimarer Republik 1919 noch 130 Mitarbeiter in der Zentralleitung beschäftigt waren, sank deren Zahl bis 1930 auf nur noch 40.

²⁸ Ausführlicher dazu: Wippermann 1976, S. 413ff.

²⁹ Richter 1963, S. 97.

³⁰ Darstellung nach Strahl 1928, S. 24f.

Die Zentralleitung gliederte sich intern in zwei Bereiche, welche unterschiedliche Aufgaben wahrnahmen. Die *Schrifttumsabteilung* war neben der Ausarbeitung des eigenen Schrift- und Bildmaterials auch für die Begutachtung von fremden Materialien zuständig. Es bestand ein laufender Verkehr mit allen Reichsministerien, um deren Anregungen, Kritik oder Wünsche in Erfahrung zu bringen. Zudem unterhielt die Schrifttumsabteilung ständige Verbindungen mit allen wichtigen Persönlichkeiten und politischen und fachlichen Verbänden.

Die Beobachtung der Vorgänge innerhalb von freien Verbänden oder Organisationen aller Art, dazu zählten neben Gewerkschaften und kulturellen Organisationen auch Parteien, oblag der *Organisationsabteilung*. Außerdem führte sie Aufsicht über die eigene Organisation, die Außenstellen, vor allem aber über die große Zahl von Vertrauensleuten, deren Zusammensetzung sich ständig änderte.³¹

5.3 Landesabteilungen³²

Kurz nach ihrer Gründung im Kaiserreich musste die Reichszentrale noch ohne bürokratischen Unterbau auskommen. Im Frühjahr 1919 wurden dann die 60 *Landesvertretungen des Demobilisationsamtes* für wirtschaftliche Aufklärung übernommen. Auch wenn deren Zahl kurz darauf beschränkt wurde, können sie doch als eine Art Vorläufer der späteren Landesabteilungen angesehen werden. Zunächst gab es 25 Außenstellen, später 18, von denen 1931 aufgrund von Sparmaßnahmen zwei weitere aufgegeben wurden.

Die Aufgaben der Landesabteilungen:

- Sammelpunkt und Beratungsstelle für die örtlichen Verbände und einzelne Personen
- Verbindungsstelle des RfH zu den Verwaltungen des betreffenden Gebietes
- Ausbau der Vertrauensleuteorganisation
- Kontrolle der Druckschriftenverteilung und des Plakatanschlags
- Organisation der regionalen Vorträge und Veranstaltungen

Für die Landesabteilungen stellte sich in ihrem Tagesgeschäft ein besonderes Problem. Da die Aufklärungsarbeit als Eingriff in die Kulturhoheit der Länder angesehen werden konnte, erforderte die Realisierung der Aufgaben viel Fingerspitzengefühl.

5.4 Vertrauensmännersystem³³

Das System wurde wahrscheinlich von den militärischen Aufklärungsstellen des Ersten Weltkriegs übernommen. Bei den Vertrauensmännern handelte es sich um ausgesuchte und häufig kontrollierte Personen, welche die Gedanken der politischen Bildungsarbeit in ihrem Wirkungsbereich durch Rat und Tat weitertragen und die Stetigkeit der Arbeit der Zentrale auf dem Land garantieren sollten.

Konkret umfassten die Aufgaben der Vertrauensmänner:

- Empfang der Druckschriften der RfH und ggf. Weitervermittlung des Inhaltes
- Ausführung bestimmter Aufträge
- Berichterstattung über die Stimmung im Land
- Parteipolitische Kontrolle der Arbeit der Landesabteilungen

³¹ Ausführlicher dazu: Richter 1963, S. 98f.

³² Darstellung nach Strahl 1922, S. 4f. Ausführlicher dazu: Richter 1963, S. 99-105.

³³ Darstellung nach Strahl 1922, S. 5ff., 1928, S. 27ff., ca. 1950er, S. 80, und Richter 1963, S. 106. Vgl. auch Kunczik 1997, S. 172.

Die Vertrauensmänner deckten in ihren politischen Gesinnungen dabei eine große Bandbreite ab. Besonders willkommen waren Lehrer und Volksbildner. Die Gesamtzahl der Vertrauensleute im ganzen Reich gab der Leiter der *Reichszentrale für Heimatdienst* Dr. Strahl mit 21.000 für das Jahr 1924, zwei Jahre später mit 27.000 und zuletzt mit 30-40.000 an.

6 Arbeitsgrundsätze und Themen (R.H., T.L.)

6.1 Hauptprinzipien und -methoden³⁴, Hauptthemen³⁵

Da der Heimatdienst bei seiner Gründung auf keinerlei praktische Erfahrungen zurückgreifen konnte, stand er vor der Aufgabe, Inhalte und Form seiner Arbeit erst entwickeln zu müssen.

Die Reichszentrale entwarf drei *Arbeitsprinzipien*:

- Abgehen von der Massarbeit, die Bemühungen wurden auf die Mittler (Multiplikatoren) von politischer Bildung konzentriert
- Sacharbeit stand unter der Maxime der rationalen Information
- Staatsbürgerliche Bildungsarbeit hatte keine Monopolstellung, sie war der Konkurrenz anderer Institutionen ausgesetzt

Aus diesen drei Prinzipien entstanden drei *Arbeitsmethoden*, welche bis heute im Wesentlichen unverändert geblieben sind:

- Verbreitung und Förderung von politischem Bildungsmaterial
- Veranstaltung und Förderung von Vorträgen, Tagungen und Kursen
- Subventionierung von Verbänden und Institutionen, die selbst politische Bildung betreiben

6.2 Versailler Vertrag und seine Folgen – Ruhrkampf – allgemeine staatsbürgerliche Bildung

Ein zentrales *Thema* bildete der Versailler Vertrag von 1919, also der Friedensvertrag nach dem Ersten Weltkrieg. Er bürdete Deutschland erhebliche Lasten auf, bestimmte den politischen wie wirtschaftlichen Spielraum des Landes auf längere Sicht und beeinflusste Leben und Psyche vieler Menschen direkt. Der Vertrag und seine Folgen stellte für deutsche Staats-PR ein erhebliches Kommunikationsproblem dar, „wobei drei inhaltliche Schwerpunkte bestanden: der Kampf gegen die Kriegsschuldfrage, die Propaganda im Zusammenhang mit der Abtretung deutscher Gebiete und die Reparationszahlungen“ (Kunczik 1997, S. 171). Einen Höhepunkt bildete 1923 der Kampf gegen die Besetzung des Ruhrgebietes durch Franzosen und Belgier, die um Reparationszahlungen fürchteten.

„Noch während des Ruhrkampfes erhielt die RfH von Reichskanzler Cuno den Auftrag, die zu erwartende nationale Erregung dem Staate nutzbar zu machen und die Kommunisten sowie Rechtsradikalen zu bekämpfen. Staatsbürgerliche Erziehung bedeutete auch Öffentlichkeit(s)A(rbeit) für eine demokratische Verfassung und damit Kampf gegen radikale Agitation.“ (Kunczik 1997, S. 174)

³⁴ Darstellung nach Richter 1963, S. 119.

³⁵ Darstellung nach Kunczik 1997, S. 171f., 173f., 175ff.

Zunehmend führte die RfH allgemeine politische und wirtschaftliche Aufklärung durch, um einen möglichst breiten demokratisch-gesellschaftlichen Konsens zu festigen. Dabei bemühte sich die RfH, von der Propaganda alten Typs abzugrenzen.

„Im Gegensatz zur Propaganda wurzelt die Aufklärung in der Logik und baut sich auf feststehende Tatsachen, aus denen jeder einzelne seine Schlüsse ziehen kann und soll. Die Aufklärung will nicht, wie die Propaganda, ein fertiges Urteil aufdrängen, sondern sie will, durch Zurverfügungstellung von stichhaltigen Unterlagen, zu eigenem Urteil und eigenem Nachdenken anregen.“ (Schöny 1921, zit. nach Wippermann 1976, S. 236)

In einer „Epoche leidenschaftlich geführter politischer Debatten“, wie der Weimarer Republik, fiel es gewiss nicht leicht, die vom demokratischen Staat „auferlegte Pflicht zum Vermitteln, zum Ausgleich“ – und noch dazu intellektuell-publizistisch attraktiv – zu erfüllen. (Vorwort von Haacke in Wippermann 1976, S. 10).

7 Sacharbeit und Methodik (R.H., T.L.)

7.1 Publikationen

Dem *Verbreiten von Publikationen* kam eine zentrale Bedeutung bei der Arbeit des Heimatdienstes zu. Anfangs lag der Schwerpunkt auf der Herstellung von Material zu aktuellen Themen. Die erstellten Plakate, Handzettel und Flugblätter richteten sich zunächst direkt an die breite Bevölkerung. Dem ersten Arbeitsprinzip folgend, trat bald ein Wandel in der Publikationstätigkeit ein. Die Drucksachen waren nun nicht mehr an die breite Masse, sondern an die Vermittler von politischem Stoff gerichtet und wurden den Mitarbeitern und Vertrauensleuten kostenlos zur Verfügung gestellt. Für andere Personen und Organisationen war der Bezug gegen Bezahlung möglich.

Die *Autoren der Publikationen*, welche einen amtlichen Charakter trugen, waren Mitarbeiter des Heimatdienstes, aber auch Wissenschaftler und Regierungsvertreter. Da häufig eine sachliche Kontrolle der Texte durch die Fachministerien erfolgte, entwickelten sich die Publikationen zu „seriösen staatsbürgerlichen Informationen, die meist beachtliches Niveau und gute Qualität zeigten“ (Richter 1963, S. 120). Herausgegeben wurden die Schriften durch den *Zentralverlag* und den *Deutschen Lichtbilddienst*.

Als *regelmäßiges Organ* wurde halbmonatlich „Der Heimatdienst“ mit einer Auflage von 40-45.000 Exemplaren herausgegeben. Ein Jahresabo kostete 5 Mark, später 6,50 Mark. Neben der Zeitschrift gab es unregelmäßig Darstellungen zu konkreten Einzelfragen. Die so genannten „Richtlinien“ waren vier bis achtseitige Abhandlungen, welche auch anonym erschienen.³⁶

Bücher und Broschüren wurden meist unter dem Namen des *Zentralverlags* und des damit in Verbindung stehenden *Historisch-Politischen Verlags Rudolf Hochstetter* in Leipzig herausgegeben. Dies geschah möglicherweise, um den Werken den Charakter der Veröffentlichung einer Reichsbehörde zu nehmen. Die in den Publikationen behandelten Themen erstreckten sich von Aktuellem über Wirtschafts- und Sozialfragen bis hin zur Außenpolitik und bildeten das gesamte politische Spektrum ab. Die Reichszentrale gab drei besondere *Schriftenreihen* heraus: „Geist und Arbeit“, „Staat und Wissenschaft“ sowie „Weltpolitische Bücherei“.

³⁶ Strahl 1922, S. 4. Strahl schreibt: „[...] ist dann die RfH [...] dazu übergegangen, größere Abhandlungen, die einzelne grundlegende Sachgebiete des öffentlichen Lebens losgelöst von dem aktuellen Anlass behandeln, in besonders ausgedehntem Maße [...] zu berücksichtigen.“

Darüber hinaus publizierte der *Deutsche Lichtbilddienst* (DLD) die Monatsschrift „Zahlenbilder“, welche Texte aus Politik, Wirtschaft und Kultur mit veranschaulichenden Grafiken kombinierte. Der Beginn der Reihe, die für 20 Mark im Jahres-Abo erhältlich war, lag wohl um 1927. Daneben veröffentlichte der DLD Lichtbildvortragsreihen. In jeder Landesabteilung standen zunächst 10, später 30 Lichtbildreihen als Grundstock zur Verfügung, welche von interessierten Bürgern ausgeliehen werden konnten. Weitere Bildmaterialien konnten direkt beim DLD bestellt werden.

Weitere Publikationen der *Reichszentrale für Heimatdienst* waren Rednermappen, Flugblätter, Handzettel und „Politische Wochenschauen“ für Redner.³⁷ *Rundfunk und Film* wurden zwar als wichtige Kommunikationsmittel erkannt, aber noch wenig genutzt – immerhin gab es ein Referat *Rundtelefonat*.³⁸

7.2 Vortragstätigkeit³⁹

Neben der Publikationstätigkeit war das *Vortragswesen* der andere große Wirkungsbereich der *Reichszentrale für Heimatdienst*. Die Anfänge liegen im „Rednerreferat“, welches im Winter 1918/1919 gegründet worden war. Damals sollten in aller Eile Straßenredner ausgebildet werden, welche die demokratischen Mehrheitssozialisten bei den Auseinandersetzungen mit den Spartakisten und Kommunisten einsetzen wollten.⁴⁰

Seit 1925 wurden in mittleren Großstädten von der Zentrale die *Staatsbürgerlichen Lehrgänge* durchgeführt, welche auf drei bis vier Tage angelegt waren. An größere Vorträge von prominenten Rednern aus Politik, Verwaltung und kulturellem Leben schloss sich meist eine Diskussion an. Die Teilnehmer wurden persönlich eingeladen und setzten sich aus Vertretern aller Parteirichtungen und Volksschichten zusammen. Die Vorträge scheinen eine große Wirkungskraft entfaltet zu haben, da in den örtlichen Zeitungen ausführlich darüber berichtet wurde.

Die *Staatsbürgerlichen Bildungstage* waren in der Durchführung den Landesanstalten übertragen und fanden als Wochenend-Tagungen in den Kreisstädten statt. Entscheidend für die Teilnahme war hier das Ansehen, welches der Hörer in seinem eigenen Wirkungskreis besaß. In der Regel wurden drei Themen behandelt: Außen-, Wirtschafts- und Staatspolitik. Neben der Vermittlung von Wissen und Kenntnissen verfolgten die Bildungstage vor allem das Ziel, Menschen aus verschiedenen Gruppen und politischen Richtungen zusammenzubringen.

Neben den beiden vorgestellten allgemeinen Veranstaltungen gab es noch besonders *gezielte Lehrgänge und Vorträge*, welche sich an Lehrer, Gewerkschaftsfunktionäre und Polizeibeamte im ganzen Land richteten.

³⁷ Richter 1963, S. 120-126.

³⁸ Kunczik 1997, S. 173.

³⁹ Darstellung nach Strahl 1928, S. 22, und Richter 1963, 126-131.

⁴⁰ Vgl. auch Kunczik 1997, S. 170.

7.3 Sonstige Aktivitäten

Zusätzlich zu den bereits aufgeführten Maßnahmen wurden Tätigkeiten von der Reichszentrale übernommen, die heute zu den Aufgaben von Presse- und Informationsämtern oder Verfassungsschutz zählen.⁴¹ Dazu gehörten beispielsweise wöchentliche Stimmungsberichte aus den einzelnen Provinzen.⁴²

8 Anhang

8.1 Die Autoren der Texte über die Reichszentrale für Heimatdienst

R.H. = Ronald Hild

T.L. = Tobias Liebert

Die Ursprungstexte wurden von R.H. im Rahmen des Hauptseminars „PR-Museum“ unter Leitung von Günter Bentele verfasst. R.H. legte 2007/2008 eine entsprechende Hausarbeit vor. Für einen zwischenzeitlichen formalen Korrekturgang gilt Günter Bentele Dank. Die Texte wurden später von T.L. bearbeitet und ergänzt.

8.2 Literaturverzeichnis (insbesondere Hausarbeit von R.H.)

Kunzlik, Michael (1997): Geschichte der Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland. Köln; Weimar; Wien: Böhlau.

Richter, Johannes Karl (1963): Die Reichszentrale für Heimatdienst. Geschichte der ersten politischen Bildungsstelle in Deutschland und Untersuchung ihrer Rolle in der Weimarer Republik. Berlin.

Strahl, Richard (1922): Die Reichszentrale für Heimatdienst. Berlin: Zentralverlag bzw. Norddeutsche Buchdr.

Strahl, Richard (1928): Aufgaben und Ziele der staatspolitischen Aufklärungsarbeit. Berlin: Reichszentrale f. Heimatdienst.

Strahl, Richard (ca. 1950er): Die Reichszentrale für Heimatdienst. Bericht über die Entstehung und Tätigkeit der staatlichen politischen Volksaufklärung in der Weimarer Republik. Ungedrucktes Manuskript.

Wippermann, Klaus W. (1976): Politische Propaganda und staatsbürgerliche Bildung. Die Reichszentrale für Heimatdienst in der Weimarer Republik. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Bundeszentrale für politische Bildung <http://www.bpb.de/die-bpb/> (Abruf am 4. Juni 2012)

Bundesarchiv: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik
http://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/0000/adr/adrsz/kap1_1/para2_511.html (4. Juni 2012)

⁴¹ Richter 1963, S. 131f.

⁴² Kunzlik 1997, S. 173.